

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 2

22. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 31. Januar 1958

Zur Zeit

Rhetorik und Gotteswort: Der verlorene Schlüssel — Pie Duployé über unsere Predigtnot — Karl Barth über die merkwürdige Abseitsstellung der katholischen Predigt — Die verrufene Rhetorik — Die zulässigen Formen der Lüge in der Predigt — Die tödliche Reblaus der Magister — Sprache und Denken — Hans Urs von Balthasar und die Dichter — Die dogmatische Predigt — Predigt und Dichtung — Die biblische Predigt — Die Gefahr der Kommentare — Eine neue Bewegung ist fällig — Der Laie und die Predigt.

Kommunismus

Der Kommunismus in der Westschweiz: Grössere Festigkeit der PdA in der welschen als in der deutschen Schweiz — *Westschweiz, westschweizerische PdA und die Ungarn-Ereignisse:* Die kaum erschütterte PdA — Wenige Parteiaustritte — Gegen PdA-Gewerkschaftsfunktionäre — Aktion um Prof. A. Bonnard — *Stand des westschweizerischen Kommunismus im Lichte der Wahlen vom Jahre 1957:* PdA im Kanton Waadt — PdA und Nicole-Partei im Kanton Genf — PdA des Kantons Neuenburg — *Gründe für die Beharrung:* Die beherrschende Arbeiterpartei — «Avantages sociaux» — Das organisatorische und ideologische «höhere» Niveau — Populäre «Prominente» — Der Einfluss kommunistischer oder prokommunistischer Intellektueller — Vorwürfe, die mehr schaden als nützen.

Wirtschaft

Das «Deutsche Wirtschaftswunder» nüchtern besehen: II. Aufbaukräfte: Investitionswille — Finanzierung: Währung, Kreditapparat, Kreditpolitik — Kapitalmarkt? — Die Vernunft der Gewerkschaften — (Der «Skandal» beim Wiederaufbau) — **Weltwirtschaftliche Einflüsse:** Selbstfinanzierung, Bilateralismus, kurze Lieferfristen, die Koreakrise — Vollbeschäftigungspolitik? — Die wahre Ursache der Vollbeschäftigung — in jüngster Zeit — Die Rolle der fehlenden Wehrmacht — Die öffentliche Finanzwirtschaft — Die Spritze der Investitionshilfe — (vor einem bedrohlichen Konflikt?) — Aktive Sozialpolitik — Das Verdienst von Arbeitgebern und Gewerkschaften — Papst Pius XII.

Ex urbe et orbe

Zur Ansprache des Papstes an kinderreiche Familien: Allein das Christentum kann ihren Fortbestand sichern — Wird uns die Erde zu klein? — Bedrohliche Zahlen — Der Papst stärkt das christliche Vertrauen in die Vorsehung.

Bücher

Moral: Lutz Hans «Das Menschenbild der Kinsey-Reporte», eine ausgezeichnete Studie in negativer wie positiver Kritik

Rhetorik und Gotteswort

Schon seit Jahren wird viel geschrieben über die Krise der Predigt. In etwa wird das Thema zu jeder Zeit aktuell sein, denn jede Zeit wird um den angepaßten Ausdruck in der Verkündigung des Wortes Gottes neu zu ringen haben. Sollte die Frage nach der Verkündigung einmal verstummen, dann wäre gerade das ein Krisenzeichen — viel beunruhigender als alle noch so hoch sich auftürmenden Wellen einer Auseinandersetzung über die rechte Predigt.

Es ist also ein Zeichen der Vitalität, des sich regenden Lebens, wenn über die Krise der Predigt geschrieben und diskutiert wird. Trotzdem darf daraus nicht geschlossen werden, daß es dort am besten um die Predigt bestellt sei, wo der Ruf nach einer Erneuerung am lautesten ertönt. Es gibt Grade der Krise, und es mag sein, daß gerade vor dem Umschwung und der Neubeginnung ein Punkt größter Predigtmüdigkeit erreicht ist. Die Laien — auch solche, und gerade solche, die sich eifrig an der Liturgie der Kirche beteiligen und in ihrer wahren Nahrung der Seele finden, langweilen sich grundsätzlich in der Predigt, und die Prediger selbst besteigen nur widerwillig und niederge-

drückt die Kanzel. Ob wir wohl heute an einem solchen Punkt angelangt oder ihm nahe sind? Manche glauben es.

Der Grund ist nicht mangelnder Eifer, Gleichgültigkeit der Seelsorger oder religiöse Uninteressiertheit der Gläubigen. Eher ihr Gegenteil. Aber die Sprache der Predigt findet den Partner nicht. Vor bald 12 Jahren schrieb Emmanuel Mounier im «Esprit»: «Der Geist der Kirche ist nicht verflacht: er nimmt in vollkommener Fülle den unverdrängbaren Raum der Karitas ein. Aber der Buchstabe der Kirche ist fast tot. Ihre Worte dringen nicht mehr durch, ihre Gebärden wirken nicht mehr, die Welt hat den Schlüssel zu ihrer Sprache verloren, und die Kirche hat den Schlüssel zur Sprache der Menschen verloren.»¹ Diese Worte eines Laien haben mich damals tief erschütterter.

*

Heute liegt der schmale Band eines Dominikanerpaters, Pie Duployé, vor mir, der soeben vom Patmos-Verlag, Düsseldorf,

¹ «Esprit», Mai 1946, in dem Aufsatz: «Agonie des Christentums».

in deutscher Übersetzung herausgebracht wurde, mit dem Titel: «Rhetorik und Gotteswort». Obwohl in den zwölf Jahren seit Mouniers Artikel sich manches gewandelt hat, beschreibt er im Wesentlichen doch die gleiche Situation. Er schreibt von seinen eigenen Fastenpredigten in einer großen Pariser Pfarrei. Er hatte gepredigt «wie jedermann». Er hatte massenweise nur leicht abgeänderte Sätze Bossuets verwandt. «Versailles ist schön, aber heutzutage unbewohnbar.» Alle waren zufrieden. Aber er kam sich vor wie ein Lügner. Er hatte gesprochen «wie ein Automat». Er hatte nichts anderes getan als das, was alle anderen Fastenprediger auch taten. Aber diese Predigten schienen ihm unfruchtbar ... «Die Menschen, die über ihr eigenes Dasein etwas hören wollten, sind nicht in die Kirchen gegangen, sondern ins Theater» (24). Er zitiert Mauriac, der schreibt: «Ich verlange vom Priester, daß er mir Gott reicht, nicht, daß er mir von Gott spricht ... Es graut mir vor jedem sakralen Redner, mag er nun redengewandt sein oder nicht» (25). Er erzählt von der Umfrage eines katholischen Wochenblattes über religiöse Literatur der heutigen Katholiken. Ergebnis: die Enzykliken standen «bei weitem» an letzter Stelle (20). «Das System funktioniert noch, aber als Leerlauf» (27).

Das sind Symptome ganz an der Oberfläche. Man kann aber auch von Innen her an die Frage herangehen. Duployé zitiert im dritten Teil seiner Schrift lange Texte aus Karl Barth's Dogmatik, in denen dieser den katholischen Lehrern vorwirft, daß sie der Predigt nur wenig Bedeutung beizumessen scheinen und zwar sowohl in der Theorie (trotz des Lehramtes der Kirche) wie in der Praxis. Barth redet von einer «merkwürdigen Abseitsstellung» (trotz der allsonntäglichen Predigt). «Die Predigt ist», schreibt Barth, «in scharfem Unterschied zum Sakrament kein konstitutives Element im Begriff des katholischen Priestertums». An diesen Sätzen wäre vieles richtig zu stellen vom katholischen Standpunkt aus, aber trotzdem ist damit der Finger auf eine Wunde gelegt. Die Theologen pflegen die Predigt ein wenig zu verachten. Ich entsinne mich des Schreckens, der mich befel, als ich einen Professor der Theologie den Gedanken einer Predigt über die Kirche darlegte und dieser mir voll Eifer erwiderte: «Das ist ‚sogar‘ ein für die Theologie sehr fruchtbarer Ansatzpunkt.» Und Duployé schreibt: «Es ist noch nicht lange her, daß der von der Gesamtheit der christlichen Prediger verarbeitete gewaltige Stoff von den Theologen als völlig belanglos angesehen wurde.» Ein Prediger kann sagen, was er will ..., und die Zensur, die man der kleinsten schriftlichen Bemerkung desselben Mannes angedeihen ließe, zeigt, welch geringes Gewicht man seinen mündlichen Äußerungen beimißt (72). In der Bestimmung des theologischen Ortes der Predigt, in ihrem Einbau in die gesamte Pastoration, in ihrer Wertschätzung beim Laien und Priester und in der Frage, wie soll man denn nun predigen, stehen wir heute also in einer Krise.

*

Woher mag diese Krise kommen?

Man könnte geneigt sein, die Ursache in unserer technischen Zeit zu suchen, die vor allem auf Sachlichkeit abgestellt ist und darum aller «Rhetorik» abhold. «Wir müssen uns klar darüber sein», sagt Duployé, «daß schon das Wort in den Ohren unserer Zeitgenossen einen schlechten Klang hat. Denn die Rhetorik ist eine Kunst, die heutzutage allgemein in Verfall geraten ist.» Er zitiert E. R. Curtins, der sagt: «Die Rhetorik hat in unserer Bildungswelt keine Stelle», und M. Heidegger, der, um die Unechtheit und Verfallenheit der zeitgenössischen Existenz zu bezeichnen, diese als eine Existenz des «Geredes» charakterisiert. Duployé schreibt: «Sobald ein Redner den Mund auf tut, verkriecht sich der moderne Zuhörer in sich; es läßt sich nicht bestreiten, man hat den Geschmack an der schönen Rede verloren. Wollte man in Erinnerung bringen, ... daß der Logos den Griechen zu einem Kulturmenschen gemacht hat, so würde man nur ein Lächeln hervorrufen. Wenn die Kir-

chenväter tatsächlich so wenig gelesen werden, so liegt das daran, daß die größten unter ihnen Rhetoren waren ...»

Das alles weiß Duployé also und hat es gut überdacht; trotzdem sucht er die eigentlichen Ursachen der Predigtkrise nicht in der sogenannten «Sachlichkeit» der modernen Menschen, sondern eher in der umgekehrten Richtung. (Bemerken wir nebenbei, daß ihm auch eine Folge der Technik, die vielbemühte «Inflation der Druckerzeugnisse, des Rundfunks und bald des Fernsehens», die den Wert der Predigt herabmindern soll, nur wenig Sorge bereitet.) (84)

Eine erste Quelle der Krise scheint ihm hingegen in der Unehrlichkeit der Predigt gegeben zu sein. Ein Beispiel haben wir schon genannt. Es bezog sich auf das Verwenden von heute nicht mehr entsprechenden klassischen Vorbildern, in denen sich der heutige Prediger wie in einer Saulsrüstung vorfinden muß. Man könnte die Schuld an solchen Predigten den Rhetorikprofessoren zuschieben. Aber das Übel sitzt tiefer. Die Formen der Unechtheit sind weit vielfältiger. Sie bestehen in einer «Voreingenommenheit für Lebensart und Konvention», in einer «schweigenden Lüge, in der Lüge aus ‚Vorsicht‘ oder mittels ‚Unterlassung‘, die zu den für Kirchenleute zulässigen Formen der Lüge gehört.» Sie ist ein «Kollektivübel, das nahezu die ganze Wortverkündigung unfruchtbar macht» (24).

Ein zweiter Grund kommt Duployés eigentlichem Anliegen schon wesentlich näher: es ist die theologische Schulsprache und auch die Denkweise der theologischen Schulen, die unsere Predigt unverständlich machen und sie beim Hörer nicht ankommen lassen. Die Kanzel in der Kirche ist grundsätzlich nicht dasselbe wie der Katheder im Hörsaal einer Universität. Auf der Kanzel muß man zu den Menschen «in der Menschen-sprache» reden. «Dieser Sprache eignet wie allem Lebendigen ihre besondere Biologie. Wie die Rebe wird auch sie durch die verschiedensten Krankheiten gefährdet. Bestimmt aber ist keine für sie tödlicher als die Reblaus der Magister.»

Als Angehöriger des Dominikanerordens, der «sein Dasein mit dem Dasein der Theologie identifiziert hat», glaubt Duployé «zutiefst an die rationale und systematische Struktur der theologischen Forschung und Lehre». Er wird nie «auf diese Wissenschaft einer Rhetorik zuliebe verzichten» (16/17). Aber er glaubt, daß neben der Wissenschaft innerhalb der Kirche auch der Rhetorik ein «Rechtsstatut und Existenzbedingungen» gesichert werden müssen. «Gegenwärtig gibt es ein solches Statut nicht.»

*

Damit kommen wir an den Kern der Sache. Es geht nämlich nicht darum – wie viele meinen, und dieser Meinung entsprechend auch handeln –, in der Predigt theologische Fachausdrücke durch gemeinverständliche (aber weniger genaue) rein technisch zu ersetzen; schwierige Beweise mit Rücksicht auf das «ungebildete» Volk zu vereinfachen; die übernatürlichen Wahrheiten durch natürliche Konvenienzgründe nach Möglichkeit auch dem irdischen Denken nahezubringen; im Ganzen aber doch das Denken der Wissenschaft und der Schule beizubehalten. Gerade diese Art der Predigt entwertet dieselbe beim Kirchenvolk. Es fühlt sich mit Recht nicht ganz ernst genommen. Eine noch so große «Anpassung» bleibt daher eine höchst fragwürdige Sache, solange diese weiter nichts wäre als eine mehr oder weniger künstliche «Übersetzung der theologischen Sprache» in eine Sprache der Nichttheologen, sei es der Gebildeten, sei es des einfachen Volkes.

Alle, die so handeln, haben sich nicht genug Rechenschaft darüber gegeben, was Sprache eigentlich bedeutet: Wenn man sagt, in der Predigt müsse man in der Sprache der Menschen reden, so ist damit der einem bestimmten Denken entsprechende Ausdruck gemeint. Dieses Denken widerspricht zwar der rationalen Logik nicht, unterscheidet sich aber von ihr. Es vollzieht sich in Bildern und in einem manchmal intuitiven Schauen. Es besitzt eine «emotionale Zielstrebigkeit», was

nicht Gefühl bedeutet im Widerspruch zum Intellekt. «Cœur» ist selbst Geist, eine Erscheinungsform des Geistes!² Deshalb kann Duployé sagen: «Es geht darum, daß in der christlichen Predigt der Redefuß wieder ins Stocken kommt, ein Satz mißrät oder ganz daneben geht, es bei Andeutungen bleibt, manches Ungehobelte unterläuft, was seinen tiefen Grund hat», und zugleich (in immer wieder neuen Anläufen) die Predigt mit der Poesie vergleichen, ja geradezu gleichsetzen. Er zitiert Hans Urs von Balthasar, der in seinem Buch über Bernanos (Köln und Olten 1945, S. 9) schreibt: «Man beklagt es ..., daß die schriftstellernden Theologen sich zuviel um die Dichter kümmern, statt ihr eigenes Handwerk zu treiben. Aber ... es könnte sein, daß bei den großen katholischen Dichtern mehr originales und groß und in freier Landschaft wachsendes Gedankenleben sich findet als in der etwas engbrüstigen und bei kleiner Kost genügsamen Theologie unserer Zeit.» Er glaubt angesichts der großen christlichen Dichter, wie Bernanos, Péguy, Claudel, feststellen zu können, daß diese unserer Generation etwas bieten, was ihr die Priester versagt haben!

Eine solche Sprache muß ferner eine persönliche Note an sich haben. «Bei weitem die Mehrzahl der christlichen Predigten gelangt nicht zu einer wahrhaften Existenz, weil sich in ihnen niemand ausdrückt.» – Ja mehr noch: «Es gibt Dinge, die sich lediglich sagen lassen. Die ‚Schreibe‘ bringt sie um.» Wieder beruft sich Duployé auf Guardini, der schreibt: «So muß das lebende Wort aus dem Zusammenhang der Stunde, aus den lauschenden Gesichtern, aus dem Gefühl, das er selbst davon hat, wie es in den Augenblick hineingerät, sich immer neu bestimmen können ...»³

Endlich muß diese Sprache eine gewisse Kühnheit an sich haben, «die höchst gefährlich, aber höchst notwendig ist: den Mut zur Wahrheit, nicht zur Wahrheit der Idee, sondern zur Wahrheit des Wortes. Das schöpferische Wort gehört untrennbar zum Lebensakt. Der Herr Professor hat das Recht, nicht zu leben; er erläutert, er drückt sich nicht aus. Eine Mumie spricht zu Mumien ...» Nur zu oft, meint Duployé, könnte man an unseren Kanzeln eine Art Verbotstafel vermuten: «Kein Blut in unseren Kirchen.»

So erfreulich es also ist, daß gegenüber der moralisierenden Predigt, die noch vor 30 Jahren das Feld beherrschte, heute mehr und mehr die dogmatische gepflegt wird, wird diese sich doch davor hüten müssen, nur gelernte und nicht gelebte Wahrheit hier vorzutragen. Nicht als ob es eine zweifache objektive Wahrheit geben würde. Wohl aber ist bereits die Fragestellung der Theologie zumeist eine andere als die, von welcher der Prediger auszugehen hat. Wagen wir es zu sagen: der Prediger muß vom Existentiellen an die Offenbarung herantreten.

Man wird Duployé's Forderung zustimmen können und müssen, wenn man auch nicht so ganz in seine stellenweise geradezu hymnisch anmutende Gleichsetzung von Poesie und Rhetorik einstimmen mag. Es ist zwar richtig, daß die religiöse Dichtung heute für den modernen Menschen eine Funktion erfüllt, die von den Predigern meist vernachlässigt wird. Der Prediger wird sein Versäumnis aber nicht dadurch nachholen dürfen, daß er nun beginnt, auf der Kanzel zu dichten. So sehr es wahr ist, daß auch die Dichtung ein Herold der Wahrheit ist, wird man dies doch festhalten müssen. Wie zwischen Schultheologie und Predigt, so liegt auch zwischen Predigt und Dichtung ein grundsätzlicher Sprachunterschied. Den ersten hat Duployé gut verdeutlicht, den zweiten hätte er warnend daneben stellen sollen. Wohl aber mag es richtig sein, daß es dem Prediger und Theologiestudenten sehr zu empfehlen ist, daß er, um seine Sprache lebendig zu erhalten (nicht nur im rein technischen Sinn, sondern gerade auch im Denken und schon in der Fragestellung), sich eifrig mit der christlichen Dichtung befasse – aus seelsorglichen Gründen und aus theologischen Grün-

den (denn diese Dichtung wird ihm sehr helfen können, seine Theologie lebendig, gelebt werden zu lassen). Die Vorschulung der heutigen Theologie, ihr Wissenschaftscharakter, mag eine notwendige Entwicklung bedeuten, die man vernünftigerweise nicht wieder rückgängig machen darf, aber sie birgt die Gefahr der Unfruchtbarkeit, wenn sie nicht ergänzt wird vom theologischen Schriftsteller und vom Prediger, den «Herolden» neben den «Lehrern», die sich beide wiederum von der religiösen Dichtung befruchten lassen.

*

Man könnte nun meinen, diese Aufgabe lebendiger, unmittelbarer, persönlicher und mutiger Sprache ließe sich am besten aus der Hl. Schrift erlernen. Dies ist sehr wahr, denn hier finden wir die Theologie noch nicht geschieden von der Verkündigung. Duployé hat darum das mittlere Kapitel seiner Schrift ganz diesem Thema gewidmet. Freilich ist dazu wieder nötig, daß man aus der Bibel zu leben lernt, und dies geht nicht von einem Tag auf den andern. «Mit der Bibel alt werden» ist das Kapitel darum überschrieben. Es geht also um eine das ganze Leben erfüllende Tätigkeit.

Die Bibel ist nicht ein «geschlossenes» Buch, das sich selbst genügt, das in festen Konturen ein Ganzes restlos klar darstellt. Sie ist kein inselhaftes und monolithisches Buch. Sie ist ein «offenes» Buch, das uns «die langsame Selbstaussage Gottes an die Welt» erzählt; dessen Text man nicht «zu sehr bedrängen» darf. Nicht in jedem Lebensalter versteht man jede Stelle. Sie ist ein Buch, das das «Zusammenwirken von Leser und Buch» verlangt. Sowohl das Gedächtnis wie eine innere Erfahrung sind zu ihrem Verständnis nötig. Ein Immer-wieder-lesen, ja ein Auswendiglernen ist nötig. Und weil die Bibel ein solch «offenes Buch» ist, darum findet Duployé, daß die größte Gefahr für ein rechtes Bibellesen die meisten Kommentare sind. «Was sie kennzeichnet, ist das Fehlen eines ursprünglichen Erfassens, einer authentischen Wahrnehmung der Wirklichkeit der Welt ..., sie sind von Geburt wegen Parasiten.» «Die Kommentare», so sagte Péguy gern, «sind eine riesige Konservenfabrik, wo man Vergangenheit zu Pulver zermahlt und aufbewahrt, und manchmal sogar eine Eisfabrik.» Diesen überraschenden Angriff auf die Kommentare wird man im Hinblick auf das Ziel Duployés verstehen müssen: die lebendige Predigt. Hier freilich hat er seine Berechtigung; und das unvermittelte auf-die-Kanzel-tragen von aus Kommentaren geschöpften Erkenntnissen ist ohne Zweifel ein Grund mehr, weshalb unsere Predigt heute oftmals so unpersönlich, so leblos, so im Grund dem Geist der Bibel entgegengesetzt wirkt. Es gilt hier also Ähnliches wie bei der Wissenschaft der Theologie. Die Bibelpredigt ist sich selber zum Hindernis geworden.

Überblicken wir dieses in einem glänzenden und höchst originellen Stil geschriebene Buch, das in Oswald von Nostitz einen seiner Aufgabe voll gewachsenen Übersetzer gefunden hat, dann dürfen wir wohl sagen, daß es trotz mancher sehr scharfer Formulierung und nicht immer ganz klaren Gedankenführung doch einen Höhepunkt in dem bisherigen Schrifttum über die Predigtkrise unserer Zeit bedeutet. Während sich die anderen Autoren meist durch Wiederholung sehr richtiger und doch nie abzustellender Einzelüberlegungen verlegen im Kreis drehen, hat Duployé mutig den Finger auf die eine wunde Stelle gelegt: «Die Krise des Zeichens im allgemeinen und des religiösen Ausdrucks im besonderen». Wir erleben heute eine Erneuerungsbewegung auf den Gebieten der Liturgie, der Mystik, der Missionen, eine Wiederentdeckung des Apostolates in weiten Kreisen. «Christliches Leben und Denken haben heute edles Blut. Früher oder später wird es ihnen bestimmt gelingen, den ihnen gemäßen Ausdruck zu finden..., die Sprache zu sprechen, die ihnen zukommt.» Es wird die Sprache sein, die alles Unechte, Gekünstelte, bloß Herkömmliche, einseitig

² Cf. Romano Guardini in «Christliches Bewußtsein».

³ Romano Guardini: «Vom lebendigen Gott».

Unpersönliche, rein Intellektualistische mutig beiseite läßt und gelebtem Glauben schlicht menschlichen Ausdruck verleiht. Das sieht sehr einfach aus – und doch gelingt es nur selten. Man lese die nur 94 Seiten umfassende Schrift Duployés, man lese sie mehrmals und man wird diesem Ziel ein wenig näher sein. Auch der Laie, der nicht predigt, mag sie lesen mit großem Ge-

winn. Er wird viele Vorurteile ablegen, die ihn bisher glauben ließen, dies und jenes gehöre nun einmal zu einer «richtigen» Predigt. Es wird in ihm eine Erwartung wach werden, die er bis jetzt vielleicht nicht wagte, in die Kirche mitzunehmen, und das wird es dem Prediger erleichtern, allerhand Hemmungen abzulegen. M. Galli

Der Kommunismus in der Westschweiz

Auch die Positionen des Kommunismus in der Westschweiz vermögen nicht, der kommunistischen Bewegung in der Schweiz eine große Bedeutung zu verschaffen und auch seine Publikationen und Manifestationen zeigen keine eigentliche Größe. Es ist aber auffallend, wie unvergleichlich besser der westschweizerische Kommunismus den Erschütterungen durch die Ereignisse in Ungarn standgehalten und seine Festigkeit in den Gemeinde- und Großratswahlen des Jahres 1957 bewiesen hat als der Kommunismus in der deutschen Schweiz. Während sogar prominente Kommunisten in Basel und Zürich aus der Partei flüchteten und die Öffentlichkeit mieden, kamen den Genfer Demonstranten vor der Druckerei der «Voix Ouvrière» 300 Kommunisten zuvor, die die Druckerei besetzten, sich auf deren Dach einrichteten und, mit Pflastersteinen bewaffnet, die Angreifer erfolgreich abwehrten. In La Chaux-de-Fonds konnte der kommunistische Gemeinderat André Corswant, auf die präzise Frage der Radikalen: «Würden Sie sich, sollte ein solches Unglück (die Intervention russischer Panzer in Ungarn) auch der Schweiz widerfahren, auf die Seite jener stellen, die das Land und seine Freiheit verteidigen? Ja oder nein», öffentlich voll Zynismus antworten: «Eine Schweiz, so, wie wir sie heute kennen – abgesehen von der Hysterie dieser Tage, welche nicht andauern kann –, eine Schweiz, wo die Arbeiterklasse ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen noch verbessern kann und muß, eine ihrer Neutralitätspolitik verbundene und ihrer nationalen Mission treue Schweiz, ja, diese würde ich, selbst mit Waffen und gleichgültig gegen welchen Aggressor, verteidigen.» In Vevey fand im November 1956 der Kongreß der waadtländischen Kommunisten statt und verlief ohne Zwischenfall.

Der Eindruck von Festigkeit und Beständigkeit ist auch seither geblieben, wie verschiedene Ereignisse und vor allem die Wahlen 1957 in den welschen Kantonen, in denen die PdA organisierte Sektionen hat, zeigten. So waren von den 380 schweizerischen Teilnehmern am Moskauer Jugend-Festival im Sommer 1957 290 Westschweizer gegenüber nur 70 Deutschschweizern und 20 Tessinern. Während im deutschschweizerischen kommunistischen «Vorwärts» die Namen von Artikelschreibern und noch mehr die von Funktionären für gewöhnlich unterdrückt werden, zeigt sich die Genfer «Voix Ouvrière» in dieser Hinsicht durchaus ungehemmt. Die Neujahrnummer der «Voix Ouvrière» ist überfüllt mit Glückwunsch-Insertaten der mehr und der weniger «Prominenten» in Genf, der Waadt und Neuenburg «à tous les membres et amis du parti».

Weil eine Orientierung über den Kommunismus in der Schweiz heute vor allem den Westen des Landes beachten muß, lohnt es sich, den aufgezeigten Erscheinungen mehr im einzelnen nachzugehen.

Westschweiz, westschweizerische PdA und die Ungarn-Ereignisse

In einem Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 4. Dezember 1956 zitierte Pierre Champion (Neuenburg) den Mahnruf von Benjamin Romieux, einem bekannten Mitarbeiter von Radio Lausanne, als typisch für die Geisteshaltung der großen

Mehrheit der Westschweizer angesichts der ungarischen Tragödie: «Si j'étais pris un jour, et tué de cette mort que les Hongrois ont subie, j'aurais mérité mon sort, pour n'avoir pas su dire, étant libre: Non aux assassins!»

Die kaum erschütterte PdA

Auch in der Westschweiz haben unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse kommunistische Parteimitglieder den Austritt genommen und ihre Funktionen in der Partei und der politischen Vertretung niedergelegt. In Nyon sind vier PdA-Gemeinderäte aus der Partei ausgetreten und in Genf, Yverdon und Le Locle ist der Parteiaustritt von je einem Prominenten bekannt geworden. Die Austritte von Prominenten pflegen weitere Austritte von weniger Prominenten nach sich zu ziehen. Aber alles in allem sind die Parteiaustritte unwesentlich geblieben, obwohl die «Voix Ouvrière» vom 14. November 1956 zugeben mußte: «Ohne Zweifel sind die Meinungen über die schwerwiegenden Probleme und die Ereignisse, die der Sache des Sozialismus so geschadet haben, in unserer Partei geteilt ... heftig und leidenschaftliche Diskussionen werden in unseren Sektionen geführt.»

Auf dem Parteitag der PdA des Kantons Waadt in Morges am 13. Oktober 1957 (also zehn Tage vor dem Jahrestag der ungarischen Volkserhebung) beglückwünschte der PdA-Zentralsekretär E. Woog die westschweizerische PdA, namentlich die waadtländische, daß sie sich von der «Offensive der Reaktionen», die die Ereignisse in Ungarn zum Vorwand genommen hätten, um die PdA, «die einzig wirkliche und konstruktive Opposition in der Schweiz», zu liquidieren, nicht beeindruckt ließ, ihr ohne nennenswerte Verluste standhielt und ihre «ideologische Einheit» gerettet hätte. — Wie das geschehen konnte, wird weiter unten noch zu berichten sein.

Zu den inneren Erschütterungen kamen nicht unbedeutende Stöße von außen hinzu. Zentrale Gewerkschaftsstellen suchten PdA-Funktionäre in gewerkschaftlichen Schlüsselstellungen aus denselben zu eliminieren. So wurde im März 1957 der Vertreter der Sektion Genf des Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverbandes im Zentralkomitee aus dem Verband ausgeschlossen. Mit Schreiben vom 30. März 1957 wurden von den Zentralbehörden des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes 30 Mitglieder der Sektion Genf, Angehörige der PdA in Schlüssel-Positionen, aus dem Verband ausgeschlossen. Noch weitere Aktionen gegen PdA-Funktionäre in den Gewerkschaften wurden in Genf und auch an anderen Orten der Westschweiz durchgeführt, deren Verfahren zum Teil aber wieder infolge Einspruches von unteren Gewerkschaftskreisen in Frage gestellt ist. Deshalb konnte Paul Storz, der PdA-Betriebszellen-Obmann in Genf, im «Vorwärts» vom 19. April 1957 schreiben: «Die Genfer Partei besitzt eine tiefe Verankerung in der Arbeiterschaft, in den Betrieben, deren Vertrauen sie besitzt und auf das sie sich weiterhin stützen wird.» Um keine weiteren Ausschlüsse zu provozieren, gab die PdA-Parteileitung ihren noch unbehelligten Funktionären und Vertrauensleuten in den Gewerkschaften die Weisung, vorderhand «stillzusitzen» und sie forderte die Arbeiter, die Mitglie-

der der PdA sind, auf, die gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu verlassen, sondern «den Kampf für die Demokratie in den Gewerkschaften und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen zu führen» («Voix Ouvrière», 12. April 1957).

Noch andere Beispiele wären zu nennen, wie es dem westschweizerischen Kommunismus – mit oder ohne fremde Hilfe – gelang, gegen seine Mitglieder oder Freunde gerichtete Aktionen unwirksam zu machen. So wurde unter der Berufung auf die Freiheit der Meinungsäußerung das Vorgehen des Vorstandes des Schweizerischen Schriftstellervereins gegen Prof. André Bonnard zuerst von intellektuellen Kreisen der Westschweiz heftig kritisiert. (Die gesamte westschweizerische Presse mit Ausnahme des «Nouvelliste Valaisan» und des «Feuille d'Avis de Neuchâtel» verurteilte die Haltung der Spitzen des Schweizerischen Schriftstellervereins.) Zufolge des Widerstandes dieser namentlich westschweizerischen intellektuellen Kreise verzichtete der Vorstand des Schweizerischen Schriftstellervereins darauf, der Generalversammlung den Ausschluß von Prof. Bonnard zu beantragen. Manche dieser Kritiker gehören zu bekannten Zirkeln der linksgerichteten Intellektuellen, zu deren undurchdringlichem und vielsagendem Schweigen sich schon anfangs Dezember 1956 Pierre Champion in einem Artikel in der NZZ äußerte: «... sie sind nicht erschüttert und nicht bekehrt; sie sind ganz einfach verächtlich.»

Stand des westschweizerischen Kommunismus im Lichte der Wahlen vom Jahre 1957

Durch die Ungarn-Ereignisse wurde die PdA der deutschen Schweiz mit ihren Hilfsorganisationen dermaßen um die Mitgliedschaft gebracht, daß sie, was vor allem einer legalen kommunistischen Partei schwer fallen muß, auf ihre Kampf-, Propaganda- und Repräsentationsmittel ganz oder zum größeren Teil verzichten mußte, während die PdA der Westschweiz in dieser Hinsicht gar nichts einbüßte. Die «Voix Ouvrière» blieb Tageszeitung, während der «Vorwärts» Wochenblatt wurde; die Zürcher Monatsschrift «Sozialismus» ging im November 1956 ein, der Genfer «Socialisme» erscheint weiter.

Wenn während und unmittelbar nach den Ereignissen in Ungarn die PdA in der Westschweiz relativ wenig betroffen und angegriffen erschien, meinte Champion dazu: «Um hier ein zutreffendes Urteil fällen zu können, wird man allerdings die kommenden kantonalen Wahlen abwarten müssen, die in der Waadt im März und in Neuenburg im April des kommenden Jahres stattfinden werden». Diese Wahlen haben inzwischen stattgefunden und es bleibt zu untersuchen, was sich daraus über den Stand des Kommunismus in Genf, der Waadt und Neuenburg (in den Kantonen Wallis und Freiburg sowie im Berner Jura bestehen keine organisierte kommunistische Sektionen) ergibt.

PdA-Parteien in drei Kantonen

In der Waadt waren im März 1957 Großrats- und im November Gemeinderatswahlen.

Zu den *Großrats-Wahlen* (2./3. März 1957) schrieb die «Voix Ouvrière» (15. 10. 57), namentlich in Lausanne, Vevey, Yverdon und Nyon hätte die PdA der entfesselten, reaktionären Offensive standgehalten und nehme ihren Platz im politischen Leben wieder ein. Der PdA-Stimmenverlust betrug gegenüber 1953 in Lausanne 2%, in Nyon 7%, in Yverdon 0,4 und in Vevey 1%. Insgesamt erreichten die Kommunisten 8 Mandate von 203. Das «Secrétariat Romand du Comité d'Action Civique» schrieb dazu: «Il n'est pas douteux que, jugés du point-de-vue de l'anticommunisme, les résultats des élections vaudoises sont décevants. Après l'affaire hongroise... le parti maintient sensiblement égaux ses effectifs électoraux.»

An den waadtländischen *Gemeindewahlen* (9./10. Nov. 1957) beteiligte sich die PdA des Kantons in 13 Gemeinden mit eigenen Kandidaten und erzielte folgende Ergebnisse:

In Vevey (11 Mandate) und St-Cergue (1 Mandat) hielt sie ihre Position. Die PdA gewann Mandate in Prilly (1953: 6; 1957: 7) und Renens (1953: 8; 1957: 10). Die PdA verlor Mandate in Lausanne (1953: 19; 1957: 16), Yverdon (1953: 6; 1957: 5), Crissier (1953: 18; 1957: 17), in Nyon (1953:

22; 1957: 21), in Montreux (1953: 5; Quorum nicht mehr erreicht, nur 12 Wählerstimmen, aber alle 5 Mandate verloren), Lucens (1953: 7; 1957: 6). In Montreux-Planches, Morges und Payerne ging die PdA wie 1953 leer aus. In Bex verlor die dissidente Kommunistengruppe (Progressisten) 4 Mandate (1953: 11; 1957: 7); ein Vertreter der Progressisten wurde in die Exekutive gewählt und als Vizepräsident des Gemeinderates.

Eine Bemerkung der «Schweizerischen Katholischen Korrespondenz» vom 12. November 1957 dazu mag interessieren: «Heute ist die Lage so, daß in der Stadt Lausanne die nichtsozialistische Mehrheit nur mit den Christlichsozialen gehalten werden konnte und daß fast überall dort, wo keine Christlichsoziale Partei besteht, nicht nur ein starker Vormarsch der Sozialisten, sondern auch der Kommunisten und wesentliche radikal-liberale Verluste festzustellen sind.»

Im Kanton Genf fanden am 2./3. November 1957 *Großratswahlen* statt. Seit Mitte August machte die PdA-Parteilitung alle Anstrengungen, um der «Entente nationale» eine Einheitsfront der drei Genfer Arbeiterparteien (PdA, SP, Progressisten beziehungsweise Nicole-Partei) entgegenzustellen. Der Vorstand der Genfer SP lehnte ein Zusammengehen mit der PdA ab mit der Begründung, daß eine Einheit (welche die PdA übrigens nur vor Wahlen suche) nur im Rahmen der schweizerischen Sozialdemokratie in Frage komme. Die Nicole-Anhänger (Progressisten), die anfänglich einem Wahlbündnis mit der PdA nicht abgeneigt schienen, stützten sich schließlich auf die negative Antwort der SP und hielten dafür, daß die Verschiedenheit der Auffassungen in der Arbeiter-Bevölkerung Genf's ein Dreiparteiensystem rechtfertige und mithin auch ein getrenntes Vorgehen. Die PdA-Parteilitung bedauerte auf ihrer Sitzung vom 8. Oktober 1957, daß die Einheitsfront nicht zustande kam, «um der Bourgeoisie eine Niederlage zu bereiten». Die PdA versuchte, die Gunst der Wähler insbesondere mit der Behauptung zu gewinnen, es sei «einzig und allein der konsequenten Opposition» der PdA zu verdanken, daß hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung und der Löhne der früher zwischen Genf und der übrigen Schweiz bestehende Abstand aufgeholt worden sei.

Im *Wahl-Manifest* («Voix Ouvrière» 22. 10. 1957) wurden die «bisherigen Leistungen» und das Programm der «einzig wirklichen und konstruktiven Opposition» gegen die vom Bundesrat unterstützte volksfreundliche Politik des Großkapitals dargelegt und man sei der Überzeugung, daß sich «eine Sammlung aller Volkskräfte gegen das Großkapital aufdrängen werde», alle Unzufriedenen aufgerufen, sich um die PdA zu scharen, damit eine «entschlossene und schlagkräftige Linke» sich bilden könne unter Führung der PdA, «die aus unserer Gesellschaft eine sozialistische machen will, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, in der sich der wissenschaftliche und technische Fortschritt im Frieden entwickeln kann und in der das Leben aller ruhiger und gesicherter sein wird. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Politik geändert werden, muß mit dem Konservatismus (der verschiedene Namen trägt) und der Routine gebrochen werden. Das Volk vor allem muß seinen Willen kundtun und zwar klar und bestimmt. Das Mittel dazu ist ihm gegeben: mit den Listen der Partei der Arbeit den Erfolg sicherzustellen!»

Wahlergebnis: Die Partei der Arbeit blieb im Kanton Genf die stärkste «Arbeiter»-Partei, in der Stadt Genf und in Carouge die zweitstärkste und im Kanton die drittstärkste aller Parteien. Trotz des effektiven Verlustes von 876 beziehungsweise 15% Wählerstimmen (1954: 5714, 1957: 4838), ging der Stimmenanteil der PdA zufolge schwächerer Stimmbeteiligung in der Stadt Genf und Carouge wiederum von 17,11% auf 16,79% und im gesamten Kanton um 2% zurück.

Die Progressisten-Partei (Richtung Nicole) büßte mehr als die Hälfte ihrer Wählerstimmen ein (1954: 2758, 1957: 1336), erreichte das Quorum nicht mehr und verlor sämtliche sieben Sitze im Großrat.

Am 29. November 1957 gab «Le Progressiste» (Nr. 295) bekannt, daß die «Parti Progressiste» auf einer Generalversammlung beschlossen habe, das Erscheinen ihres Parteiorgans einzustellen und die «Parti Progressiste» aufzulösen, das heißt ihr Sprecher, Pierre Nicole, Sohn von Léon, empfahl den Mitgliedern und Mitläufern, ihre Unterstützung derjenigen Partei zu geben, die die politische Linie der auf der Generalversammlung gutgeheißenen Resolution akzeptiere. In der Resolution wurde gefordert: Verschärfter sozialer Kampf im Innern, außenpolitisch eine auf Nichteinmischung in die innern Angelegenheiten anderer Länder begründete «friedliche Koexistenz», Beilegung der Streitigkeiten durch Verhandlungen, Verbot der atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen, allgemeine kontrollierte Abrüstung. So endete die Partei Nicole's nach dem Rückzug ihres Gründers aus dem aktiven politischen Leben, während Nicole 1939 noch die ganze sozialistische Bewegung der Westschweiz beherrscht hatte.

Bei den Erneuerungswahlen in den Großrat des Kantons Neuenburg vom 13./14. April 1957 verlor die PdA von La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Neuchâtel (Wahlbezirke, in denen sie sich mit eigenen Listen betei-

ligte) zusammen ein Mandat und 331 Wählerstimmen (1953: 1955 Stimmen und 6 Mandate; 1957: 1624 Stimmen und 5 Mandate).

«Die Partei der Arbeit hat den Wahlkampf besser bestanden als das Bürgertum meinte. Die PdA hält auch im Kanton Neuenburg dem reaktionären Ansturm stand» («Vorwärts» 19. 4. 1957). Indessen gibt der «Vorwärts» zu, daß «sich nicht alle unsere Hoffnungen erfüllt haben», namentlich an der Peripherie von La Chaux-de-Fonds hätten die PdA-Wähler «dem Druck der Reaktion nachgegeben», die die Ereignisse in Ungarn schamlos ausgebeutet hat. Auch kennten die Neuzugezogenen «das wahre Gesicht der PdA zu wenig und hätten deshalb bürgerlich oder sozialdemokratisch gestimmt».

«Die Partei der Arbeit in La Chaux-de-Fonds hat jedoch genügend Mittel, um den verlorenen Boden wieder zu gewinnen ... Die neuen Bürgerwahlen zeigen ein erneutes Mal, daß der Sieg nur in der Einheit errungen werden kann, und daß diese Einheit eine aktive Partei der Arbeit und eine vom Antikommunismus befreite Sozialdemokratie zur Voraussetzung hat.»

Gründe für die Beharrung

In einer Rückschau aus Anlaß des ersten Jahrestages der ungarischen Volkserhebung gestand der «Vorwärts» (25. 10. 57), die PdA habe in der deutschen Schweiz «dieses Jahr der Prüfung zwar nicht immer und an allen Orten in Ehren bestanden», um dann aufzutrompfen: «Ihr Kern hat aber standgehalten». Von dieser Beurteilung der deutschschweizerischen PdA aus müßte man zum Schluß kommen, in der westschweizerischen PdA habe entweder Kern und Masse, beides zusammen, standgehalten oder in ihr sei alles «Kern». Jedenfalls muß das Beharren der westschweizerischen PdA gegenüber dem (zahlenmäßig) fast gänzlichen Erlöschen der PdA in der deutschen Schweiz besonders auffallen und seine eigenen Gründe haben.

Einen ersten Fingerzeig gibt die Tatsache, daß bei den Genfer Großratswahlen Anfang November 1957 60% der Linken für die PdA stimmte und daß die SP, die größere Anstrengungen machte als im Jahre 1954 und die nach der Ungartragödie die leitenden Gewerkschaftsstellen in Genf in die Hand nehmen konnte, selber 263 Stimmen (1954: 4554, 1957: 4291) verlor. Man muß sich von da aus daran erinnern, daß die Gründung der PdA der Schweiz im Oktober 1944 durch den Zusammenschluß der wenigen Mitglieder der seit November 1940 verbotenen Kommunistischen Partei mit dissidenten Sozialdemokraten erfolgte. In der deutschen Schweiz waren diese Dissidenten, die «Sozialdemokratische Partei-Opposition» gegenüber der SP eine kleine Minderheit. In der Westschweiz hingegen bildeten sie, als «Fédération socialiste Suisse», geführt von Léon Nicole, im Kanton Genf die überwältigende und im Kanton Waadt eine große Mehrheit, im Kanton Neuenburg (gegenüber der SP) eine bedeutende Minderheit, so daß, wie oben schon gesagt wurde, in der sozialistischen Bewegung der Westschweiz die PdA die beherrschende war. In der PdA der Westschweiz lebt (immer noch) der sozialistische Erstanspruch. Die PdA wird im gesamten sozialistischen Lager der Westschweiz als eigene, ursprüngliche, zugehörige und keineswegs als fremde Bewegung empfunden. In einer solchen Situation kann sich die PdA schon allerhand «leisten», bis sie von ihren eigenen Landsleuten und besonders den demokratischen Sozialisten eine volle und restlose Ablehnung erfährt. Deshalb finden sich, während man in der deutschen Schweiz gegenüber bekannten PdA-Größen zu deutlichen Demonstrationen schritt, welsche Politiker sowohl bürgerlicher wie sozialistischer Observanz bereit, wie bisher zusammen mit Abgeordneten der PdA zu tagen, und kein Kommunist muß riskieren, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit behelligt zu werden.

Dazu kommt die Bedeutung der PdA der Westschweiz auf dem *sozialen Sektor*. Der kommunistische «Almanach populaire romand 1958» kann schreiben: «La Suisse est un pays socialément sous-développé ... Cependant, dans les cantons, où le Parti du Travail est fort, il est parvenu à imposer des avantages sociaux que non connaissent pas les cantons dont le développement social est encore plus retardataire que le moyen suisse.» Die PdA schreibt beispielsweise kantonale Hilfen und Ergän-

zungsrenten zur eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung, die Genfer Invalidenhilfe, Witwen- und Waisenrenten in Genf und Neuenburg, besondere Familienzulagen in Genf, Neuenburg und der Waadt, zusätzliche Arbeitslosenversicherung in Genf und die besonderen Regelungen für bezahlte Ferien in den gleichen drei Kantonen in erster Linie den eigenen Anstrengungen zu. In diesem Sinne meinte am 14. November 1956 die «Voix Ouvrière»: «Man kann uns von unserem schönen, aber harten Kampf für den Sozialismus ablenken ... nichts aber kann uns von unseren großen Anstrengungen für die Alten und Invaliden, für diejenigen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft leben ... ablenken.»

Die PdA unterhält in Genf, Lausanne und La Chaux-de-Fonds eigene «Sozialbüros», wohin sich Hilfe- und Ratsuchende in allen sozialen Belangen wenden können.

Zu diesen mehr allgemeinen, durch die geschichtliche Entwicklung und öffentliche Stellung der PdA bedingten Gründen treten aber weitere hinzu.

Zu beachten sind wohl vor allem *drei Eigenarten* der westschweizerischen kommunistischen Organisation.

Einmal die Zellen- und vor allem die Betriebszellenorganisation der Partei. Dank dieser für Genf besonders eigenen Struktur der Partei bestehen zahlreiche kleinere untere Einheiten, eben die Zellen, und diese wieder tunlichst und mit Bedacht in den industriellen und wirtschaftlichen Betrieben selber. Die in Zellen organisierten Parteianhänger können durch die Zellenleiter dauernd kontrolliert und in schwierigen Situationen, wie sie die öffentliche Empörung wegen der sowjetischen Intervention in Ungarn verursachte, fest am Zügel geführt werden. Was in der öffentlichen Meinung als Vorwurf und Stimmung auftritt, kann auf diese Weise dauernd in der Zelle wirkungslos gemacht oder doch entschieden entkräftigt werden. Während in der deutschen Schweiz in den turbulenten Wochen die PdA-Anhänger hilflos isoliert waren und den Widerstand sofort aufgaben, weil schon aus Mangel an öffentlichen Lokalen, die verweigert wurden, und dem Versagen der offiziellen Einladungsmöglichkeiten keine Versammlungen der Quartiersektionen stattfinden konnten, waren die organisierten PdA-Mitglieder in Genf eigentlich Tag für Tag «besammelt».

Dazu kommt die in der Westschweiz schon seit langem viel besser als in der deutschen Schweiz gepflegte ideologische Schulung der Partei. Als auf dem vierten Parteitag, Juni 1949, die PdA zur Kaderpartei (vorher unter Nicole's Einfluß Tendenz zur «Massenpartei») zurückgebildet wurde, wurde als Ort des Generalsekretariats Zürich bestimmt, weil die deutsche Schweiz einer besonderen politischen und organisatorischen Stärkung bedürfte, «gegenüber den Organisationen und Kadern der Westschweiz, die über ein bedeutend höheres politisches Niveau» verfügten (s. «Theorie und Praxis», 8. Juli 1949, S. 1). In der Westschweiz funktionierte die organisierte, intensive und andauernde Schulung in den Lehren des Marxismus-Leninismus. Die politische Schulung immunisiert aber gegenüber Einflüssen von außerhalb der Partei. Der geschulte Kommunist ist darauf eingestellt, die Wahrheit einzig bei der Partei zu suchen und in allem, was gegen den Kommunismus gesagt wird und was sich gegen ihn tut, «Manöver der kapitalistischen Ausbeuterklasse» zu sehen.

Schließlich verfügt die PdA in der Westschweiz, ganz anders als in der deutschen Schweiz, über populäre Führerpersönlichkeiten. Bezüglich der PdA-Erfolge bei den Gemeindewahlen im November 1957 in Nyon (26% der Stimmen) erinnert der «Service de presse» der «Action Civique» in Lausanne (20. Nov. 1957): «On peut alléguer la popularité d'un chef local, tel qu'Armand Forel et dire que des considérations personnelles l'emportent parfois sur la politique pure ...!» Ähnliches kann gelten für Dr. Adrien Miéville in Vevey, Jean Vincent und mehrere in Genf und, besonders beachtenswert, für

André Corswant in La Chaux-de-Fonds. Von letzterem brachte im Anschluß an die für die PdA erfolgreichen Neuenburger Gemeindewahlen im Mai 1956 der «Sozialismus» (Mai/Juni 1956) einen auch für Nichtkommunisten sehr instruktiven Artikel: «Ein Erfolg unserer Politik.» Was Corswant über «den Kontakt mit der Bevölkerung», über «die Partei, die auf die lokalen Besonderheiten Rücksicht nimmt», «die Partei der Einheit, der Arbeiter und des Zusammenschlusses des Volkes» zum Beispiel schreibt, ist als Unterweisung an PdA-Funktionäre gedacht, die lernen sollen, wie ein tüchtiger kommunistischer Führer gemäß dem Marxismus-Leninismus in seinem konkreten Bereich arbeitet. Die Studie zeigt, wie viel der Popularität des kommunistischen Funktionärs und deren richtiger, zielstrebigere Ausnützung beigemessen wird.

Dank ihrer Stellung und Arbeit war so die PdA der Westschweiz in der Lage, die Krise zu bestehen, welche die Ungarnereignisse und die Trübel im Gefolge des 20. Parteitages der KPdSU im Februar 1956 ihr bereiteten.

Daneben sind aber noch einige *weitere Gründe* zu beachten, auf welche die Partei selber weniger unmittelbaren Einfluß hatte.

In dem oben genannten Artikel in der NZZ spricht P. Champion von der «Verseuchung gewisser intellektueller Kreise ... durch einen aktiven und politisch virulenten Linksnobismus». Er macht diesen Kreisen und ihren Zirkeln den Vorwurf: «... nicht erschüttert und nicht bekehrt; ... ganz einfach verächtlich». Man muß andererseits aber auch die Bedeutung dieser «Intellektuellen» für die Beharrung der kommunistischen Bewegung sehen. Dem einfachen Kommunisten kann man es weniger als Schuld anrechnen, sich eine falsche Meinung vom Kommunismus zu machen oder diese nicht aufzugeben. Er schaut in Situationen, die ihn unsicher machen wollen, auf die intellektuellen Mitläufer, die «es doch wissen

müssen». Wenn ein Professor Bonnard, der 1950 (Bürgerkrieg in Griechenland) die griechische Regierung öffentlich als «gouvernement d'assassins» bezeichnet und gegen den angeblichen Bakterienkrieg der Amerikaner in Korea (1952) seine Stimme erhoben hat, angesichts der Ungarntragödie schweigt, bestärkt er die Kommunisten in ihrer Treue zum bolschewistischen System. Wenn das breite Publikum nicht ermißt, daß eine Leuchte auf einem Wissenschaftsgebiet nicht notwendig auch maßgebend auf politischem und sozialem Gebiet sein muß, kann man auch der kommunistischen Anhängerschaft nicht verübeln, daß sie sich vom Reden oder Schweigen «ihres wissenschaftlichen Gewährsmannes» bestimmen läßt.

Endlich darf man auch nicht vergessen, daß von der deutschen Schweiz aus, unbewußt und sicher ungewollt, dem Festbleiben der welschen Kommunisten mancher Dienst erwiesen wurde. In der deutschen Schweiz, wo die Reaktion gegen die Kommunisten der PdA angesichts der erschütternden Ereignisse in Ungarn an Heftigkeit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, war man über die gelassene Haltung der Westschweizer einigermaßen erstaunt. Man hat dem Erstaunen aber auch öffentlich (vor allem in der Presse) Ausdruck gegeben.

Vielleicht sind die guten Westschweizer von uns damals doch manchmal zu scharf und zu Unrecht angegriffen worden. Marc-E. Chantre schreibt in einem Bericht zu den waadtländischen Großratswahlen im März 1957: «Dans le canton de Vaud, une bonne partie de la reprise en main des militants s'est fait en commentant des textes parus en Suisse allemande.» Wir nennen das nur, ohne weiter darauf einzugehen, aber die genannte Tatsache allein schon beweist, daß man achtsam sein muß, um nicht ein Problem noch zu erschweren, statt zu seiner Lösung wirklich mitzuhelfen.

(2. Teil folgt)

K. Stark

Aufbaukräfte bei Westdeutschlands wirtschaftlichem Aufstieg

Es ist eine alte Erfahrung, daß der Wiederaufbau nach sehr schweren Zerstörungen ungeahnte Kräfte weckt, die zu anderer Zeit entweder nicht vorhanden sind oder nicht in die Erscheinung treten. Ein unbändiger *Investitionswille* bricht los. Dem Mann, dessen Haus zerbombt wurde, läßt es keine Ruhe, bis er ein neues Haus dastehen hat, und dieses neue Haus muß nicht nur ebenso geräumig, ebenso gediegen, ebenso schön sein wie das zerstörte, sondern es muß den höheren Ansprüchen von heute genügen, muß die heute in Neubauten üblichen technischen Einrichtungen besitzen usw. Ebenso der Unternehmer, dessen Betrieb demontiert wurde; er ruht nicht, bis er einen neuen Betrieb aufgebaut hat, und während die demontierten Betriebsanlagen unübersichtlich im Laufe der Jahre zusammengebaut, in vielem unpraktisch und technisch überholt waren, müssen die neu geschaffenen Anlagen rationellst geplant, dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Das Wollen besagt aber noch nicht das Können und das Vollbringen. Ist aber der Investitionswille allgemein verbreitet – und je gründlicher und umfassender die Zerstörungen waren, in um so höherem Grade ist dies der Fall –, dann alimentieren die Investitionen der verschiedenen Unternehmer, wofern nur die nötigen Arbeitskräfte sowie ein unentbehrlicher Fundus an Subsistenzmitteln sowie an Rohstoffen vorhanden sind, einander gegenseitig. Arbeitskräfte aber waren reichlich vorhanden und wurden durch den Massenzustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen noch gewaltig vermehrt; als der Marshall-Plan den bis dahin fehlenden Fundus an Subsistenzmitteln und

Rohstoffen brachte, konnte ein stürmischer Wiederaufbau einsetzen. Die Frage war nur: würde es beim bloßen, wenn auch verbesserten und verschönerten Wiederaufbau bleiben, oder würde der Aufschwung auch darüber hinaus noch weiter tragen?

Finanzierungsmechanismus

Die Investitionen mußten aber doch auch finanziert werden, und so stellt sich die Frage, wie diese Finanzierung gelang.

Dazu bedurfte es außer einer gesunden Währung und einem funktionsfähigen Kreditapparat auch noch einer einsichtigen Handhabung der Kreditpolitik. Das Zentralbanksystem der Bundesrepublik, bis 31. Juli 1957 die Landeszentralbanken mit der Bank deutscher Länder an ihrer Spitze, seit 1. August 1957 die Deutsche Bundesbank, hat anerkanntermaßen seine Aufgabe meisterhaft gelöst. Daß es gelegentlich durch wirtschaftspolitisches Versagen anderer Stellen überfordert wurde, kann ihm nicht zur Last gelegt werden; viel eher verdient es Bewunderung dafür, wie es auch mit diesen Schwierigkeiten noch fertig geworden ist. Das Zentralbanksystem hat es verstanden, sich stets eine ausreichende Herrschaft über den Geldmarkt und die Geschäftsbanken zu sichern.

Einen Kapitalmarkt wieder aufzubauen gelang allerdings nur in durchaus unzureichendem Maße. Im Zusammenhang damit steht (man streitet, was Ursache und was Folge ist; wahrscheinlich ist das Verhältnis von Ursache und Folge wechsel-

seitig) ein unerfreulich hohes Maß an Selbstfinanzierung über überhöhte Preise sowie ein gleichfalls unerwünschtes Maß an öffentlicher Finanzierung über Steuern und andere Abgaben (letzteres ein weiterer Beleg dafür, wie weit die westdeutsche Wirtschaft in dieser ganzen Zeit von einer reinen Marktwirtschaft entfernt war und noch ist!). Die private Kapitalbildung, soweit für sie überhaupt Raum war, schlug irreguläre Wege ein. Vom Versicherungssparen abgesehen, bevorzugte sie an Stelle der Wertpapieranlage das Kontensparen und die Anlage in Termingeldern, was wiederum zu übermäßiger Verlängerung und irregulär zusammengesetzter Aktivseite der Bankbilanzen führen mußte. Unter Inkaufnahme dieser Unebenheiten gelang es aber nicht nur, den Wiederaufbau überhaupt zu finanzieren; vielmehr kann die Finanzierung der deutschen Unternehmen heute im Großen und Ganzen als hinreichend konsolidiert angesehen werden.

Vernunft der Gewerkschaften

Daß die Finanzierung über die Preise nicht zu einer Überhöhung des deutschen Preisniveaus geführt hat, die die deutsche Wirtschaft am Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht hätte, beruht an erster Stelle darauf, daß die Gewerkschaften, auch nachdem der von den Nazi eingeführte und von den Besatzungsmächten aufrecht erhaltene Lohnstop gefallen war, noch geraume Zeit eine bemerkenswert zurückhaltende Lohnpolitik betrieben haben. Man kann wohl sagen: in den schwierigen Jahren des Wiederaufbaus begnügte der deutsche Arbeiter sich mit einem Lohn, von dem er gerade eben so viel kaufen konnte, als die noch leistungsschwache Wirtschaft an Verbrauchsgütern hervorbrachte; er verzichtete auf den Versuch, mehr zu kaufen und zu konsumieren, als derzeit zur Verfügung stand; trotz seines großen Nachholbedarfs an Gebrauchsgegenständen war er damit einverstanden, daß die Konsumquote des Sozialprodukts niedrig gehalten wurde zugunsten einer möglichst hohen Investitionsquote.

Daß der deutsche Arbeiter keinen Eigentumsanteil an dieser Investitionsquote erhielt, ist der große Mangel des Wiederaufbaus, von *Paul Jostock* als «Skandal» gebrandmarkt; die dringend gebotene Gewissensforschung, was hätte geschehen können und müssen, um diesen Skandal zu vermeiden, und was heute zu geschehen hätte, um ihn wieder gut zu machen, liegt außerhalb des Themas dieser Arbeit.

Weltwirtschaftliche Einflüsse

Natürlich kam es trotz der außerordentlichen Selbstbecheidung, deren die Gewerkschaften während der ersten Jahre sich befleißigten, immer noch zu nicht unerheblichen Preissteigerungen; die Frage, warum die deutsche Wirtschaft trotzdem am Weltmarkt wettbewerbsfähig blieb, verlangt daher noch eine Antwort.

Ein Grund ist dieser, daß auch in andern Ländern, einschließlich USA, die Selbstfinanzierung immer stärker an die Stelle der Kapitalmarktfinanzierung trat, so daß dort die gleichen preissteigernden Wirkungen auftraten, ja bei weniger rücksichtsvoller Politik der Gewerkschaften sogar in noch stärkerem Ausmaß. Sodann führte die Verzerrung der Preisrelationen durch manipulierte Devisenkurse, vor allem aber der weltweit praktizierte Bilateralismus dahin, daß in großem Umfang nicht in dem Lande gekauft wurde, dessen Angebot das billigste war, sondern in dem Land, das man mit Gegenlieferungen bezahlen konnte; bei solcher Sachlage war der Preisvergleich uninteressant.

Dazu kam der die Lieferfähigkeit der Produzenten weit übersteigende Warenhunger der Welt, wodurch die Lieferfristen ausschlaggebende Bedeutung im Wettbewerb erlangten. Der Umstand, daß die deutsche Wirtschaft so lange vom Weltmarkt abgeschlossen war und erst wieder Märkte für ihren Absatz suchen mußte, wirkte sich unter diesen Umständen vorteilhaft aus: sie konnte kürzeste Lieferfristen zusagen und einhalten.

Als die Koreakrise in den führenden Industrieländern eine Umstellung zu verstärkter Rüstungsproduktion auslöste, kam der deutschen Wirtschaft der Umstand, daß sie keine Waffen produzieren durfte, als weiterer Glücksfall zugute: sie blieb für die Gegenstände des zivilen Bedarfs und selbst für die von der Rüstungsindustrie benötigten Investitionsgüter in vollem Umfang lieferfähig; auch zu hohen Preisen wurden ihr die Produkte aus den Händen gerissen. Zudem produzierte die deutsche Wirtschaft traditionell vorzugsweise diejenigen Güter, die in allen wirtschaftlich fortgeschrittenen und aufstrebenden Ländern gerade in diesen Jahren eines weltweiten Investitionsbooms dringendst begehrt waren. Von 1955 an führte das – in Verbindung mit andern Umständen – sogar dahin, daß der deutsche Export weit über den deutschen Import hinaus-schnellte. In den Augen des Auslandes bedeutet das die Anhäufung eines riesigen Schatzes an Gold und Devisen einschließlich EZU-Guthaben; von deutscher Seite gesehen bedeutet es ungeplante und unzeitgemäße Kapitalausfuhr, unfreiwillige Kreditgewährung an die EZU, Aufblähung des inländischen Geldvolumens bei Verknappung der inländischen Versorgung und damit die schwer abzuwehrende Gefahr der «importierten Inflation».

Zusammenfassend kann gesagt werden: Solange die deutsche Wirtschaft preislich nicht voll wettbewerbsfähig war, waren die Preise im Wettbewerb nicht entscheidend; in dem Maße, wie die Preise die ihnen im Wettbewerb zukommende Bedeutung wiedererlangten, verschoben sich, wie weiter oben ausgeführt, die Dinge dahin, daß die deutsche Wirtschaft heute einen Preisvorsprung genießt, der geradezu zu einem Ausverkauf am Weltmarkt führt.

So wurde vom Weltmarkt her der Investitionswille der deutschen Unternehmer unablässig gestärkt; ohne Zweifel hat die Weltmarktsituation entscheidend dazu beigetragen, daß dieser Investitionswille auch dann nicht erlahmte, als der Wiederaufbau im engeren Sinn im Großen und Ganzen vollendet war, sondern in annähernd gleicher Stärke anhielt, um ein ständiges und rasches Weiterwachsen der deutschen Wirtschaft zu tragen. Zeitweilig zu beobachtenden Ermattungserscheinungen verstand die Wirtschaftspolitik in kluger Weise zu begegnen. Aufs Ganze gesehen hätte die Konjunkturpolitik viel weniger Veranlassung, die Wirtschaft auf hohen Touren zu halten, als einer Überhitzung der Konjunktur zu steuern.

Vollbeschäftigungspolitik?

Hat die Bundesrepublik Deutschland Vollbeschäftigungspolitik betrieben? Eine Keynes-Situation hat zu keiner Zeit bestanden; eine Vollbeschäftigungspolitik in dem Sinn, wie das Wort gewöhnlich verstanden wird («easy-money-policy» u. a. m.), konnte daher gar nicht in Frage kommen. Die Währungsvereinbarung 1948 hatte aber eine bis dahin durch Scheinbeschäftigungsverhältnisse verdeckte strukturelle Arbeitslosigkeit größten Ausmaßes enthüllt. Gerade dieses im Augenblick übermäßig hohe Arbeitspotential erwies sich bald als der größte Reichtum der westdeutschen Wirtschaft. Ausgenommen West-Berlin und die Zonenrandgebiete längs des Eisernen Vorhangs konnten diese Arbeitskräfte inzwischen nahezu restlos in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Nachdem bereits im Jahre 1955 der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht war, herrschte 1956 bereits Überbeschäftigung; das Jahr 1957 bewegte sich dann wieder an der oberen Grenze der Vollbeschäftigung. Auch nachdem die Gewerkschaften ihre anfängliche Zurückhaltung aufgegeben und kräftige Lohnerhöhungen durchzusetzen begonnen hatten, vermieden sie es, die Wirtschaft durch große Streiks zu schwächen. Selbstverständlich blieben auch Streiks nicht ganz aus, aber der Verlust an Arbeitstagen und dementsprechend der Produktionsausfall hielt sich in sehr erträglichen Grenzen.

In jüngster Zeit hat sich nun allerdings das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft verlangsamt. Daß eine gewisse Dämpfung der überhitzten Konjunktur notwendig war, wurde schon gesagt; sie ging aber nicht so weit, daß das Wachstum der Wirtschaft zum Stillstand gekommen wäre. Auch 1957 sind sowohl die Produktivität als auch das Sozialprodukt gewachsen. Aber ein bemerkenswerter Unterschied ist wahrzunehmen. Die Produktivität je Arbeitskraft ist weniger gestiegen als die Produktivität je Arbeitsstunde; die Steigerung des Sozialprodukts bleibt hinter der Produktivitätssteigerung je Arbeitsstunde deutlich zurück und übertrifft die Produktivitätssteigerung je Arbeitskraft nur noch unwesentlich. Die Erklärung ist einfach: die Zahl der Arbeitskräfte hat sich nur noch geringfügig vermehrt; die Arbeitszeit wurde kräftig verkürzt (ein Großteil der Industriearbeiterschaft gelangte in den Genuß der 45-Stunden-Woche); so ist die Gesamtstundenzahl an geleisteter Arbeit zum erstenmal nicht mehr gestiegen, sondern eher zurückgegangen. Die Gewerkschaften legen zur Zeit mehr Gewicht auf Verkürzung der Arbeitszeit als auf Vergrößerung des Sozialprodukts und Steigerung der Lebenshaltung durch reichere Versorgung mit Konsumgütern; allerdings wollen sie keineswegs auf weiteres Wachstum des Sozialprodukts verzichten und noch viel weniger es zu einer Schrumpfung kommen lassen. Vielmehr soll die Verkürzung der Arbeitszeit so temperiert werden, daß der Produktivitätsfortschritt nicht voll für sie aufgebraucht wird, sondern auch für die Erhöhung des Sozialprodukts je Kopf noch etwas übrig bleibt.

Die Rolle der fehlenden Wehrmacht

Im Ausland mißt man dem Umstand, daß die Bundesrepublik keine Wehrmacht hatte, ihre Wirtschaft also statt für die Rüstung für den zivilen Bedarf arbeiten konnte und ihr keine Arbeitskräfte durch den Wehrdienst entzogen wurden, großes Gewicht bei. Dem werden von deutscher Seite die hohen Besatzungskosten entgegengehalten, mit denen die westdeutsche Wirtschaft schon zu einer Zeit belastet war, als sie noch sehr der Schonung bedurfte. Richtig ist, daß die Besatzungskosten einer mit dem Aufwand für den Unterhalt einer eigenen Wehrmacht durchaus vergleichbaren Größenordnung angehörten; ebenso unbestreitbar wird die nunmehr anlaufende Neuausrüstung aus dem Nichts erheblich höhere Kosten verursachen, dies aber eben erst, nachdem die Wirtschaft ihre Leistungskraft vervielfacht hat. In Verbindung mit den Wiedergutmachungsleistungen (Israel usw.), der Wiederaufnahme des Kapitaldienstes an das Ausland (Londoner Schuldenabkommen u.a.m.) werden die Anforderungen an die deutsche Wirtschaft merklich ansteigen. Die zuletzt im Jahre 1957 wesentlich erhöhten Sozialleistungen sind keine «Belastung» der Wirtschaft. Aber auch sie müssen haushaltmäßig (über Fiskus oder Nebenfisci) aufgebracht werden, und so dürfte der öffentliche Haushalt eine besorgniserregende Höhe erreichen.

Die öffentliche Finanzwirtschaft

Öffentlicher Haushalt und Finanzpolitik waren in dem Jahrzehnt 1948–1957 in hohem Grade mitbestimmend für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und für den Weg, den er nahm. Der interalliierte Kontrollrat hatte die Tarifsätze der Steuern vom Vermögen und vom Ertrag auf schlechterdings unsinnige Höhe hinaufgeschraubt. Auch nachdem der Kontrollrat anfangs 1948 geplatzt war und Maßnahmen «auf Vier-Mächte-Basis» nicht mehr in Frage kamen, gelang es zunächst nicht, die Zustimmung der Westalliierten zu einer offenen Tarifsenkung, wie die wirtschaftliche Vernunft sie gebot, zu erlangen. Jedoch duldeten sie, daß man auf einem Umweg Erleichterungen schuf, indem man den Unternehmen die Möglichkeit eröffnete, den steuerbaren Gewinn durch außerordentliche Abschreibungen fühlbar zu mindern; so wurde nicht nur der Besteuerungsmaßstab verkleinert, sondern man schnitt bei der progressiven

Einkommenssteuer zugleich die höchsten Progressionsstufen weg. Dieser steuerlichen Vorteile wurde aber nur teilhaftig, wer investierte; je größer die Investitionen, um so größer der steuerliche Vorteil. Darin lag nicht nur ein gewaltiger Anreiz zu Investitionen, sondern zugleich auch schon eine große Erleichterung ihrer Finanzierung. Der Erfolg übertraf noch die Erwartungen. Vom Standpunkt der steuerlichen und insgesamt der sozialen Gerechtigkeit sind gewiß erste Anstände gegen dieses Verfahren zu erheben. Andererseits bedeuteten die auf diesem Weg beschleunigt geschaffenen erhöhten Kapazitäten und neuen Arbeitsplätze damals für die Versorgung der Bevölkerung und namentlich für die Wiedereingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einen so großen Gewinn, daß diese Anstände zwar nicht ausgeräumt, aber doch weitgehend kompensiert werden. Seitdem die Bundesrepublik die Freiheit hat, ihr Steuersystem selbst zu gestalten, sind die Tarife gesenkt und die außerordentlichen Begünstigungen entsprechend abgebaut worden; es bleibt da aber noch einiges zu tun.

Die Spritze der Investitionshilfe

Eine sehr bezeichnende Aktion wurde unter dem Namen «Investitionshilfe» durchgeführt. Da die Grundstoff- und Energiepreise noch festgehalten worden waren, als die Preisbildung für Fertigwaren bereits dem Markte überlassen war, sah der Grundstoff- und Energiesektor sich von der Selbstfinanzierung über Preise ausgeschlossen und blieb so mangels Finanzierungsmöglichkeiten hinter dem Wachstum der verarbeitenden Industrien so weit zurück, daß deren Energieversorgung unzureichend wurde. Um dem abzuhelpen, brachte die verarbeitende Industrie auf Grund eines eigens hierfür geschaffenen Gesetzes eine Abgabe auf, die in Form von Beteiligungen oder Anleihen an Unternehmen des Grundstoff- oder Energiesektors weitergeleitet wurde; in Verbindung mit zusätzlichen steuerlichen Begünstigungen gelang es so, die Energielücke bei Strom und Gas rasch zu schließen (bei Kohle, wo die Investitionen sehr lange Zeit erfordern, gelang es bis jetzt noch nicht, so daß der Zuschußbedarf aus USA eingeführt werden muß). Diese gewiß nicht «marktkonforme» Investitionshilfe ist zum mindesten als Beispiel für eine Kombination von Finanzpolitik mit einer in Gesetzesform gekleideten Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft interessant.

Frägt man, was die Finanzpolitik insgesamt für den Wiederaufbau geleistet hat, so muß noch ihr strenges Festhalten an dem orthodoxen Grundsatz des Haushaltsausgleichs gerühmt werden, wodurch sie zu ihrem unentbehrlichen Anteil zur Härtung der DM beigetragen hat. Als die übergroßen Exportüberschüsse die virulente Geldmenge gefährlich zu vermehren begannen, war die Finanzpolitik sogar in der glücklichen Lage, durch bedeutende Kassenüberschüsse, die im Zentralbanksystem stillgelegt wurden, dieser Entwicklung entgegenzuwirken; daß dies keine bewußte und gewollte fiscal-policy, sondern mehr ein Glücksfall war, tut dem günstigen Erfolg keinen Abtrag. Seit Frühjahr 1957 (Wahljahr!) hat sich die Lage der Bundesfinanzen jedoch ins Gegenteil verkehrt. Schon die seither eingetretenen Kassendefizite kommen konjunktur- und währungspolitisch sehr ungelegen. Noch ernster zu nehmen ist die Gefahr des Abgleitens vom echten zum nur noch formalen Haushaltsausgleich ausgerechnet zu einer Zeit, die konjunkturpolitisch das genaue Gegenteil erfordert. Um einen bedrohlichen Konflikt zwischen Finanzpolitik und Währungspolitik zu vermeiden, wird es großer staatsmännischer Kraft und Kunst bedürfen.

Aktive Sozialpolitik

Darf auch die Sozialpolitik sich einen Anteil am Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zuschreiben? Oben wurde bereits gesagt, hohe Sozialleistungen seien keine Belastung der Wirtschaft. Sie sind Einkommensübertragungen, die als solche

der Wirtschaft nichts entziehen. Die Erfahrungen der Zeit nach dem Zusammenbruch 1945 zeigen eindeutig, daß in bösen Zeiten nicht nur eine größere Zahl von Volksgenossen auf Maßnahmen der sozialen Hilfe angewiesen ist als in guten Zeiten, sondern daß die soziale Hilfe eine sowohl physisch als psychisch unentbehrliche Voraussetzung des Wiederaufbaus ist. Solange Sozialprodukt und Volkseinkommen klein sind, können selbstverständlich auch die Sozialleistungen, durch die ja Einkommen übertragen wird, nur bescheiden bemessen sein, um mit dem wachsenden Sozialprodukt und Volkseinkommen schrittweise erhöht zu werden. Insoweit ist in der Bundesrepublik im Grundsatz durchaus richtig verfahren worden.

Faßt man den Begriff «Sozialpolitik» weit, bezieht man insbesondere die Eingliederungsmaßnahmen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge so wie den sozialen Wohnungsbau ein, so kann man sagen: ungeachtet aller Fehler, die auch hier nicht vermieden werden konnten, darf die Sozialpolitik einen hervorragenden Anteil am Wiederaufbau für sich in Anspruch nehmen; ihr ist es zu danken, daß die sozialen Mängel der heutigen, noch sehr unvollkommenen, antizipative «sozial» genannten Marktwirtschaft, deren einer die unsoziale Eigentumsbildung ist (vgl. oben!), ertragen worden sind, ohne sich in unerträglichen Spannungen zu entladen!

Daß es zu der nach 1945 erwarteten Sozialreform, durch die das freie Deutschland das leuchtende Gegenbild zu dem im unfreien Teil Deutschlands vollzogenen sozialen Umsturz aufgestellt hätte, nicht gekommen ist, hat nichts mit den hier darzulegenden tragenden Kräften des Wiederaufbaus zu tun, sondern muß viel eher als unerfreuliche Folge des atemberaubenden wirtschaftlichen Aufstiegs gedeutet werden: Während drüben die Weltanschauung des dialektischen Materialismus theoretisch und praktisch durchexerziert wird, erlagen wir nur allzu sehr der Versuchung des praktischen Materialismus. Mit der versinkenden Erinnerung an die Not schwand auch die Opferbereitschaft, ohne die zwar eine gewaltsame soziale Revolution, aber keine freiwillige und gerechte soziale Reform möglich ist.

Nicht ein Partner allein!

Dem sozialen Bereich gehört ferner das Verhalten der beiden sogenannten Sozialpartner an, der Arbeitgeber und

der Gewerkschaften. Bereits in anderem Zusammenhang wurde die verständnisvolle Maßhaltung der Gewerkschaften während der schwierigen Jahre des Wiederaufbaus rühmend erwähnt. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß in diesen Jahren der gemeinsamen Not die selbstverständlich immer vorhandenen Interessengegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft völlig zurücktraten hinter der großen gemeinsamen Aufgabe des Wiederaufbaus. Wenn mit den Besatzungsmächten um das «permit» zur Inangangsetzung eines Betriebes, um die Zuteilung der erforderlichen zwangsbewirtschafteten Rohstoffe und so weiter, um die Erhaltung vorhandener Betriebsanlagen und Abwendung von Demontagen gerungen werden mußte, waren es oft die Gewerkschaften, auf denen die Hauptlast dieses Kampfes lag und die als «demokratische Organisationen» bei den Besatzungsmächten Gehör fanden zu einer Zeit, da diese den deutschen Unternehmern noch mit abgrundtiefem Mißtrauen gegenüberstanden. Ein so gutes Zusammenspiel zwischen Unternehmern und Gewerkschaften konnte nicht auf die Dauer fortbestehen; in den schweren Jahren des Anfangs aber war es von der allergrößten Bedeutung. Später verfielen beide Teile in den Fehler, sich allein das Verdienst am glücklichen Wiederaufbau zuschreiben zu wollen; in Wirklichkeit war selbstverständlich der Beitrag beider gleich unentbehrlich. Ungemein schön hat der Hl. Vater in seiner Ansprache an den Bundespräsidenten *Heuß* bei dessen Besuch im Vatikan solche Einseitigkeit richtiggestellt: «Es ist Uns gesagt worden, wenn Deutschland seine wirtschaftliche Katastrophe so schnell überwunden habe, verdanke es dies an erster Stelle dem unbändigen Fleiß und Wagemut seiner Unternehmer, und, so dürfen Wir sicher beifügen: in nicht geringerem Maße der Einsicht, dem harten Willen und der Fähigkeit seiner Arbeiterschaft.» Genau so verhält es sich in der Tat: die einträchtig vereinten Anstrengungen des Unternehmertums und der Arbeitnehmerschaft haben Westdeutschlands wirtschaftlichen Wiederaufstieg geschafft. So lange und so weit diese Einsicht und diese Eintracht erhalten bleiben, werden sie auch den weiteren Aufstieg tragen.

Oswald von Nell-Breuning SJ, Frankfurt/M.

Ex urbe et orbe:

Pius XII. an kinderreiche Familien

Am 20. Januar sprach Pius XII. vor dem italienischen Bund kinderreicher Familien. Im zweiten Punkt der dreiteiligen Ansprache behandelt er zwei Probleme, die heute viele Gemüter bewegen.

Der erste läßt eine gewisse Sorge durchblicken, daß man nicht allzu großes Gewicht auf soziale Maßnahmen lege, gleich als ob von diesen allein der Fortbestand kinderreicher Familien abhänge. Es wäre völlig abwegig, wenn man aus den hier gesprochenen Sätzen den Schluß ziehen würde, der Papst lege auf eine Verantwortung der Familie und ihres Nachwuchses in familienfreundlichen und kinderfördernden Gesetzen keinen Wert. Worauf es ihm offensichtlich ankommt, ist erstens die Betonung von «ethisch-religiösen Grundsätzen», ohne die alle anderen Maßnahmen keine große Wirkung haben werden. In einer Zeit, die dazu neigt, alles Heil – selbst das einer erfolgreichen Pastoration – in technischen Maßnahmen zu suchen, sind diese Worte gewiß sehr beherzigenswert. Sie machen aber damit solche Maßnahmen nicht zu Nebensachen, die man auch weglassen könnte, zumal, wenn diese einem rechten Geist entspringen. Darum wählt der Papst als Beispiel einer relativ unwirksamen Stützung der Familien die «sogenannte Bevölkerungspolitik», worunter man zumeist Maßnahmen versteht, die zwar den Kinderreichtum fördern wollen, aber nicht so sehr aus Achtung vor Gottes Gesetz und Ehrfurcht vor dem Menschen, als vielmehr aus der Angst, eine absterbende Nation zu werden und an nationaler Geltung zu verlieren. Der Papst nennt das «kollektiven Egoismus», der fast immer dem individuellen Egoismus erliege. Eine solche Politik be-

trieb in Deutschland der Nationalsozialismus, in Italien der Faschismus, und auch Frankreich wird man von diesem Egoismus nicht ganz freisprechen können. Dort war von 1931–1940 die Geburtenrate bereits unter die Sterblichkeitsrate gesunken. Infolge der wirtschaftlichen Vorteile für kinderreiche Familien, die nun der Staat in ungewöhnlich weitreichendem Ausmaß gewährte, und durch das Nachholen von Heiraten in den ersten Nachkriegsjahren stieg die Geburtenrate nach 1946 erheblich über die Sterblichkeitsrate. Nach 1950 ging sie aber wieder zurück und dürfte in Zukunft trotz aller Maßnahmen «wohl nur etwa stabil gehalten werden können» (Fritz Baade, *Welternährungswirtschaft* 1956), wenn nicht zu aller wirtschaftlichen Hilfe in breitem Ausmaß eine religiöse Erneuerung tritt, die ja ohne Zweifel in kleineren Kreisen sehr intensiv bereits eingesetzt hat.

Lesen wir nun die Worte des Papstes:

«In der modernen bürgerlichen Welt gilt die kinderreiche Familie nicht zu Unrecht als ein Anzeichen gelebten christlichen Glaubens. Der Egoismus ist nämlich das größte Hindernis für die Erweiterung der Familie und ohne ethische religiöse Grundsätze kann man ihn nicht wirksam überwinden. Man hat es neuerdings wieder gesehen: Die sogenannte ‚Bevölkerungspolitik‘ erzielt keine nennenswerten Erfolge, denn fast immer siegt der individuelle Egoismus über den kollektiven, deren

Ausdruck dieser häufig ist. Oder aber es entwerfen die Methoden und Ziele dieser Politik die Würde der Familie und der menschlichen Person, weil sie diese wesentlich geringeren Dingen gewissermaßen gleichsetzen. Einzig das Licht des Christentums, das vom ewigen Gott kommt, erhellt die Familie so sehr, daß die kinderreiche Familie in ihrem Entstehen und in ihrer Entwicklung häufig wie ein Synonymon der christlichen Familie gebraucht wird. Die Achtung vor Gottes Geboten hat ihr die Überfülle des Lebens gegeben; der Glaube an Gott verleiht den Eltern die notwendige Kraft, damit sie die Opfer und Entbehrungen auf sich nehmen, die das Aufziehen der Kinder erfordert; die christlichen Grundsätze leiten und erleichtern das mühevollen Werk der Erziehung; der Geist christlicher Liebe wacht über Ordnung und Ruhe, und zugleich spendet er die – Eltern, Kindern und Geschwistern – Familienfreuden, die er aus dem Innern der Familie gleichsam hervorholt.»

Wird unsere Erde zu klein?

Weit aktueller noch ist das zweite, vom Papst auch eingehender behandelte, Problem: Die von vielen befürchtete Überbevölkerung der Erde. Sie bildet für viele geradezu ein Schreckgespenst der Menschheit. Man hat berechnet, daß sich die Erdbevölkerung in einer Art geometrischer Progression also entsprechend einer Zahlenreihe 10 : 20 : 40 : 80 und so weiter vermehre. Man setzte für das Jahr 7000 vor Christus eine schätzungsweise Erdbevölkerung von 5–20 Millionen Menschen an (mittlerer Wert 10 Millionen). Bis diese Zahl sich verdoppelte, habe es rund 2500 Jahre gedauert. Die nächste Verdoppelung auf 40 Millionen benötigte nur noch 2000 Jahre, und die dritte Verdoppelung (auf 80 Millionen) etwa 1500 Jahre. Die vierte Verdoppelung bringt uns in die Zeit der Geburt Jesu. Damals soll es etwa 160 Millionen Menschen gegeben haben. Diese Zahlen sind nicht gesichert, da man nur für das römische Reich einigermaßen gültiges Material hat. (In demselben betrug – Europa, Asien, Afrika zusammengerechnet – die Menschenzahl 54 Millionen, während die gut 100 Millionen sonstiger Menschen eine reichlich willkürliche Annahme bedeuten.) Etwa um das Jahr 900 soll (immer noch schätzungsweise) die fünfte Verdoppelung vollendet gewesen sein (320 Millionen Menschen). Schon mit einiger Sicherheit kann man sagen, daß um 1700 die Erdbevölkerung über 600 Millionen betrug. Die sechste Verdoppelung also benötigte etwa 800 Jahre. Die siebente Verdoppelung auf über eine Milliarde Menschen war ziemlich exakt im Jahre 1850 erreicht. Sie brauchte nur noch 150 Jahre, und die achte Verdoppelung auf 2,5 Milliarden war sogar nach weiteren 100 Jahren schon erreicht (1950). Die Verdoppelung der Erdbevölkerung hat sich also nach dieser Aufstellung nicht nur in je gleichen (wie Malthus annahm), sondern sogar in sich stets verkürzenden Zeiträumen vollzogen!¹ Wenn das so weiter geht, sagt man, wird die Erde um das Jahr 2000 bereits 5 Milliarden Menschen zählen. Und wenn selbst der jährliche Bevölkerungszuwachs, der heute etwa 1 v. H. beträgt, auf die Hälfte sinken würde, so hätte doch im Jahre 2500 die Erde schon 36,5 Milliarden Menschen, im Jahr 3000 aber 442 Milliarden! So sagt man und sieht mit Entsetzen das Gespenst des Hungers auftauchen, denn die Produktion der Nahrungsmittel hält mit diesem Anwachsen der Menschen nicht Schritt und man fragt sich, ob sie überhaupt Schritt halten kann, oder die Erde nicht einfach zu klein wird.

Von solchen Perspektiven bedrängt, empfehlen die Neo-Malthusianer radikale Maßnahmen der Geburtenbeschränkung. So zum Beispiel William Vogt in seinem Buch: «Road to Survival» 1948: «Die FAO solle Programme zur Empfängnisverhütung für alle überbevölkerten, unterentwickelten Länder entwickeln und ihre Hilfen für Ernährung und Landwirtschaft nur dann gewähren, wenn diese Programme auch durchgeführt würden.» Außerdem empfiehlt er den Sterilisierungsbonus. Tatsächlich haben, wie Baade berichtet, manche Länder auch bereits radikale Maßnahmen der Geburtenbeschränkung, die gesetzliche Freigabe der Abtreibung, die staatliche Förderung der freiwilligen Sterilisation durchgeführt. Dadurch ist zum Beispiel in Japan die Zahl der gesetzlich kontrollierten Abtreibungen von 0,246 Millionen im Jahre 1949 auf 1,068 Millionen im Jahr 1953 gestiegen und die Zahl der freiwilligen Sterilisationen von 5752 auf 32552 im gleichen Zeitraum.

Andere, besonnene Wissenschaftler hingegen verfallen dieser Psychose nicht. Sie verweisen erstens darauf, daß das Anwachsen der Menschen je nach Ländern ein ganz verschiedenes ist. Es gibt Länder, in denen die Bevölkerungszahl durch Jahrhunderte sich gleich blieb. Bei andern hat sie sich durch lange Zeit gesenkt. Bei anderen schnellte sie in einem Zeit-

abschnitt plötzlich empor, um dann wieder stehen zu bleiben oder zu sinken. Welche Faktoren hier maßgebend sind, ist eine höchst verwickelte Frage. Man wird sich in acht nehmen müssen, das jähe Ansteigen einzig der Medizin (Senkung der Kindersterblichkeit) und Ernährung (die hier ohne Zweifel eine große Rolle spielt) und das Stehen-Bleiben dem hohen Lebensstandard zuzuschreiben, als ob sich hier ein festes Gesetz aufstellen ließe. Manche haben dies zwar gemeint, wie etwa John Boyd-Orr und auch Fritz Baade, andere aber wie Landry, Sauvy und der Jesuit Martin Brugarola (ein Spanier) wenden sich energisch gegen einen solchen Determinismus und nehmen die Behauptung, die technisch industrielle Welt vermindere die physisch-sexuellen Kräfte und Triebe, nicht ernst. Brugarola meint sogar, die entscheidenden Faktoren für die niedrigen Geburtenraten der industrialisierten Länder würden «mehr oder weniger im menschlichen Willen begründet» sein. Die Herder Korrespondenz hat im Juli 1957 (Heft 10, Jahrgang 11) die verschiedenen Ansichten eingehend dargelegt. Der Papst entscheidet diese wissenschaftliche Streitfrage natürlich nicht (das wäre nicht seines Amtes), er weist nur darauf hin, daß ein natürliches Sich-Anpassen der Natur von innen her an die äußeren Lebensverhältnisse nicht im Bereich der Unmöglichkeit liegt. Wo große Kindersterblichkeit herrscht, ist zur Erhaltung des Menschen eine große Fruchtbarkeit nötig, wo die Sterblichkeit sich stark vermindert, entfällt diese Notwendigkeit, und es wäre wenigstens denkbar, daß dies auch ohne Eingreifen des menschlichen Willens eine gleichsam spontan erfolgende geringere Fruchtbarkeit zur Folge hat. Der Papst nennt das «ein den Rhythmus der Ausbreitung von innen her mäßigendes (herabsetzendes) Gesetz». Jedoch liegt hier nicht der Hauptakzent seiner Ausführungen.

Diese sehr knappen Bemerkungen schienen uns nötig als Hintergrund zu den nun folgenden Worten des Papstes, die jedem Pessimismus und der sich ausbreitenden Weltangst unserer Tage wehren wollen einerseits, andererseits betonen, daß keinerlei Grund bestehe, durch Praktiken der künstlichen Kinderverhütung der Vorsehung gleichsam nachhelfen zu müssen. Dies ist zunächst für die Gesamtentwicklung der Menschheit auf lange Sicht gesagt. Damit verkennt der Papst keineswegs die große Ehenot, in der sich nur zu viele Verheiratete heute befinden. Er weiß auch, daß die diesen erlaubten Wege, dieser Not zu steuern (wie sie schon Casti Connubii angehen sind und Pius XII. selbst in einer Ansprache vom 29. Oktober 1951 eingehend dargelegt hat), nur eine keineswegs befriedigende Notlösung darstellen. Indirekt mag man dies in dieser Ansprache insofern bestätigt finden, als er den an diesem Notstand eigentlich Schuldigen mit großem Ernst, Mut und erhabener Würde ins Gewissen redet.

Der Papst geht aus von dem Vertrauen in die Vorsehung, dessen zumal arme Eltern kinderreicher Familien heute so sehr bedürfen. «Ein wohl begründetes und nicht ein leeres Vertrauen! Um mich in Menschenbegriffen und Worten auszudrücken: Die Vorsehung ist eigentlich nicht die Gesamtheit außerordentlicher Taten der göttlichen Gnade; sie ist vielmehr das ordentliche Ergebnis des harmonischen Wirkens der unendlichen Weisheit, Güte und Allmacht des Schöpfers. – Wenn einzelne, große oder kleine, Episoden das Gegenteil zu beweisen scheinen, dann zeigt dies, daß von Seiten des Menschen der Ausführung der göttlichen Ordnung ein Hindernis in den Weg gelegt würde oder, in Ausnahmefällen, daß höhere Pläne seiner Güte vorwiegen; aber die Vorsehung ist eine Gegebenheit, eine Notwendigkeit Gottes, des Schöpfers.

Nicht deshalb, weil mit der Vorsehung etwas nicht stimmen würde oder weil sie untätig wäre; wohl aber, weil der Mensch keine Ordnung hält – und vor allem, weil er egoistisch und habgierig handelt –, konnte das sogenannte ‚Problem der Überbevölkerung‘ entstehen, das man heute noch als nicht gelöst ansieht. Teilweise besteht dieses Problem wirklich, teilweise fürchtet man es unvernünftigerweise, wie eine die moderne Gesellschaft bedrohende Katastrophe. Durch den Fortschritt der Technik, durch die leichteren Transportmöglichkeiten, durch die Erschließung neuer Energiequellen, deren Früchte man noch kaum begonnen hat, einzusammeln, kann die Erde allen ihren Bewohnern noch auf lange Zeit Wohlstand verheißen.

Was aber die Zukunft betrifft, wer kann voraussehen, welche anderen, neuen und ungeahnten Hilfsquellen unser Planet noch birgt und welche Überraschungen außerhalb unseres Planeten uns die erstaunlichen – eben erst begonnenen – Auswertungen der Wissenschaft bringen werden? Und wer kann für die Zukunft einen dem heutigen gleichen, natürlichen Zeugungs-

¹ Diese Berechnung stammt von Dudley Stamp, «Our undeveloped World», London 1952. Siehe bei Fritz Baade, «Welternährungswirtschaft», S. 10ff.

rhythmus mit Sicherheit voraussagen? Ist denn das Dazwischen-treten eines den Rhythmus der Ausbreitung von innen her mä-sigenden Gesetzes eine Unmöglichkeit? Das künftige Schick-sal der Welt hat sich die Vorsehung vorbehalten. Es ist aber doch sonderbar, daß, während die Wissenschaft in gebrauch-sfertige Wirklichkeit umsetzt, was man früher für das Produkt einer überhitzten Phantasie ansah, zugleich einige Ängstliche die begründeten Hoffnungen auf Wohlfahrt in Katastrophen-gespenster verwandeln. Die Überbevölkerung rechtfertigt also die Verbreitung unerlaubter Praktiken der Geburtenkontrolle nicht. Sie dient nur zum Vorwand der Habsucht und des Egoismus: einmal jener Völker, die fürchten, die Ausbreitung der andern könnte ihre eigene politische Vormacht gefährden und ihren Lebensstandard herabsetzen; zum andern Einzelner, und insbesondere solcher, die mit Glücksgütern am meisten gesegnet sind, die aber den großzügigen Genuß der irdischen Güter dem Ruhm und dem Verdienst, neues Leben zu er-wecken, vorziehen. Unter dem Vorwand, die Irrtümer der göttlichen Vorsehung – die man sich noch dazu einbildet – ver-bessern zu müssen, kommt man also dazu, die sicheren Gesetze des Schöpfers zu übertreten. Es wäre indessen vernünftiger und nützlicher, wenn sich die moderne Gesellschaft mit grö-s-

serer Entschiedenheit und umfassender Planung daran machen würde, ihr eigenes Verhalten zu verbessern, indem sie die Ur-sachen des Hungers in den notleidenden oder überbevölkerten Gegenden beseitigen würde. Dazu müßte sie die modernen Er-findungen energischer zu friedlichen Zwecken verwenden,² eine aufgeschlossener Politik der Zusammenarbeit und des Austausches, eine weitsichtiger und weniger nationalistische Wirtschaftspolitik betreiben. Vor allem müßte den Regungen des Egoismus mit der Liebe, den Versuchungen zur Habsucht mit einer weit konkreteren Handhabung der Gerechtigkeit be-gegnet werden. Über das allgemeine Schicksal der Menschheit, das in Gottes Hand liegt, werden sich die Menschen vor ihm nicht zu verantworten haben; ob aber die einzelnen von ihnen gewollten Taten mit dem Spruch ihres Gewissens im Einklang standen oder diesen verachteten, darüber wird sie Gott zur Rechenschaft ziehen.»

² Leider ist dieser ganze Passus voller Fehler durch die Presse gegangen. So heißt es dort, der Papst habe dazu aufgefordert, die modernen Erfindungen «ausschließlich für friedliche Ziele» einzusetzen. Tatsächlich hat er dies nach dem Text des «Osservatore Romano» vom 22. Januar nicht gesagt.

Bücher

Moral

Lutz Hans: Das Menschenbild der Kinsey-Reporte. 10. Heft der «Beiträge zur Sexualforschung», herausg. von H. Bürger-Prinz und H. Giese. Ferdinand Enke-Verlag, Stuttgart, 1957, VIII/111 S.

Mit Berücksichtigung der umfangreichen Literatur, die im Anschluß an die Kinsey-Reporte über das sexuelle Verhalten der amerikanischen Bevölkerung erschienen ist, unterzieht diese ausgezeichnete Studie von Hans Lutz das Werk Kinseys und dessen Mitarbeiter einer Analyse und Kritik auf dessen philosophisch-ethische Voraussetzungen hin. Wenn in den vergangenen Jahren die statistischen Ergebnisse der Reporte nicht selten mit einer bestürzenden Selbstverständlichkeit als wissenschaftlich unanfechtbar und allgemeingültig weitergetragen wurden, so stellt hier die sachliche Nachprüfung nüchtern fest: «Wegen einer Reihe von Män-geln in der statistischen Genauigkeit und einer Reihe von Unzulänglich-keiten in der Zusammensetzung der Berichtsgrundlage können die Kinsey-Reporte bestenfalls das Verhalten eines bestimmten Kreises von Menschen darstellen.»

Diese empfindliche Einschränkung erweist sich vor allem deshalb als objektiv gerechtfertigt, weil – wie Lutz überzeugend nachweist – die Untersuchung Kinseys in ihrer ganzen Anlage, Durchführung und Auswertung entscheidend beeinflusst wurde durch das Menschenbild, das der amerikanische Gelehrte in seiner Forschungsarbeit als das einzig richtige

voraussetzte. Und zwar: «Der Mensch ist nach Kinsey ein Tier, dessen Verhalten ein Faktorenergebnis biologischer, psychologischer und sozio-logischer Kräfte ist.» Dabei wird den biologischen Kräften die ausschlag-gebende Berechtigung zugewiesen, indem die hemmenden psychologi-schen und soziologischen Faktoren abgewertet werden. Daß dieser naive biologische Materialismus gleichzeitig jede metaphysische und religiöse Überlegung als «unwissenschaftlich» ausschließt, ist selbstverständlich. Entsprechend lauten dann auch seine ethischen Forderungen: «Sexuelle Aktivität darf sich nach Kinsey sowohl in ihren Erscheinungsformen als auch in ihrer Häufigkeit nach den statistischen Höchstwerten richten. Dem Menschen ist ein von jeglicher Gemeinschaft unabhängiges Recht auf sexuelle Funktionsauslösung zuzuerkennen. Seine Anpassung an die Mit-menschen und an die Umwelt, auch in der Ehe, hat lediglich die indivi-duellen, von allen hemmenden psychologischen und soziologischen Ein-flüssen befreiten Bedürfnisse zu berücksichtigen.»

In seiner «positiven Kritik» weist Lutz demgegenüber nach, daß die Ergebnisse der Kinsey-Reporte selbst im Widerspruch stehen zur Auf-fassung Kinseys über das Wesen des Menschen und der menschlichen Sexualität. Sie bezeugen nämlich, daß ein Verhalten, das «biologisch natürlich» ist, nicht alleiniges Maß der menschlichen Sexualität ist; daß deren spezifische, von der des Tieres wesentlich verschiedene Aktivität nur unter Annahme eines geistigen Personcharakters des Menschen über-haupt sinnvoll erklärt werden kann. Darum gibt es trotz Kinsey für die menschlichen Sexualprobleme keine echte Lösung durch Isolierung ihres biologischen Teilaspekts, sondern nur innerhalb des Gesamtzusammen-hangs der menschlichen Person, die sich als solche gleichzeitig über ihr individuelles Sein und Wollen hinaus an größere Zusammenhänge ver-antwortlich gebunden weiß.

Die geistige Standortbestimmung, die Lutz in seiner Schrift für die Kinsey-Reporte herausarbeitet, leistet nicht bloß einen wesentlichen Bei-trag zu deren richtigen Interpretation, sondern bietet zudem auch wert-volle Anregungen für die Diskussion über die modernen Sexualprobleme überhaupt. O.S.

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10/11.

Druck: H. Börsigs Erben AG, Zürich 8.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 12.—; halb-jährl. Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. - Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 170.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S. A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505 — Deutschland: Vertrieb und Anzeigen, Verlagsanstalt Benziger & Co. AG., Köln, Mar-tinstr. 20, Postcheck. Köln 8369. Jährl. DM 12.—; halb-jährl. DM 6.—. Abbestellungen nur zulässig zum Schluss eines Kalenderjahres, spätestens ein Monat vor dessen Ablauf. — Dänemark: Jährl. Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Strübbli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frank-reich: Jährl. ffr. 680.—. Bestellungen durch Admi-nistration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Com-mercial de France, Paris, Compte Chèques Postaux 1065, mit Vermerk: Compte attente 644.270. — Italien-Vatikan: Jährl. Lire 1800.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Ausliefe-rung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG., Innsbruck, Maximilianstrasse 9, Postcheck-konto Nr. 128.571 (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner), Jährl. Sch. 46.—. USA: Jährl. \$ 3.—.

Photoapparate - Reparaturen

O. BUSCH Spezialwerkstätte für Photo-reparaturen u. Feinmechanik

Zürich 1 — Rennweg 20 — Telephone (051) 27 90 04